

„Die Altenpflege wird nicht abgeschafft.“

Ein Gespräch mit Marion Kleinfeller

Mit Einführung der generalistischen Pflegeausbildung sollen Kranken-, Kinder- und Altenpflege in einer gemeinsamen Ausbildung gelehrt werden. Die Zusammenlegung wird mittlerweile seit über zehn Jahren diskutiert und ist nicht unumstritten – fürchtet der Altenpflegeverband doch einen Einbruch in der Rekrutierung des Nachwuchses, da das notwendige Spezialwissen nicht mehr ausreichend Berücksichtigung in den Curricula findet. Insbesondere in der Pflege gibt es nämlich zunehmend chronisch oder mehrfach erkrankte Patienten. Marion Kleinfeller, Leiterin der Altenpflegeschule im Hufeland-Haus in Frankfurt am Main, hat keine Angst vor der Umstellung – sie freut sich vielmehr darauf.

Manche Altenpflegeverbände sind gegen die generalistische Pflegeausbildung, weil sie meinen, damit würde die Altenpflege abgeschafft. Wie sehen Sie das?

Es wird weder die Altenpflege noch die Kranken- oder Kinderkrankenpflege abgeschafft, nur die Berufsbezeichnungen. Ich sehe die generalistische Ausbildung als Chance und freue mich darauf.

Bei einer Zusammenlegung der drei Ausbildungen kann weniger Spezialwissen vermittelt werden als vorher. Ist das nicht problematisch?

Nein. Eine Ausbildung bietet die Grundlage für eine weiterführende berufliche Entwicklung, das ist in den meisten Berufen so. Die Spezialisierung erfolgt nach dem Examen, so wie heute ja auch schon oft: Wenn ich als Krankenschwester in den onkologischen Bereich gehe, brauche ich eine Fachweiterbildung in onkologischer Pflege, und wenn ich als Altenpflegerin mit demenziell veränderten Menschen arbeite, eine gerontopsychiatrische Weiterbildung.

Es ist zudem geplant, dass man während der Ausbildung sogenannte Vertiefungseinsätze in einem selbst gewählten Bereich absolviert.

Was wird in der neuen Ausbildung an bisherigen Altenpflege-Inhalten wegfallen?

Das kann ich noch nicht sagen. Wir warten noch auf den angekündigten Rahmenlehrplan, damit wir – und andere Schulen – beginnen können, ein Curriculum zu erstellen. Dann wird deutlich, was sich im theoretischen Unterricht inhaltlich verschiebt.

Wir wissen aber, dass es bei den praktischen Einsätzen Veränderungen geben wird. Die 2.500 Stunden, die bislang zum Großteil in Altenpflegereinrichtungen oder ambulanten Pflegediensten verbracht wurden, werden nun aufgeteilt in Altenpflege, Krankenpflege und Kinderkrankenpflege sowie den Vertiefungseinsatz. Die einzelnen Einsätze werden dadurch kürzer, was problematisch ist in Bereichen, in denen demenziell erkrankte Menschen betreut werden. Hier ist es unablässlich, eine vertraute Beziehung aufzubauen, für die es eben auch Zeit braucht. Da müssen wir sehen, wie man in der Praxis damit umgehen kann.

Was bringt die Altenpflege in die neue Ausbildung mit ein, wovon alle profitieren?

Den Blick auf die besondere Situation alter Menschen. Wenn unsere Schüler ihr Praktikum im Krankenhaus machen, erkennen sie oft sehr gut, was hochaltrige Patienten in dieser Akutsituation brauchen. Demenziell veränderten Menschen etwa fällt es in der fremden Umgebung noch schwerer, sich zu orientieren, ihnen würde eine Kontinuität bei den Bezugspersonen helfen.

Ein Argument für die Zusammenlegung ist die Durchlässigkeit. Aber auch heute schon wechseln Pflegekräfte zwischen den Bereichen.

Ja. Deshalb wäre es gut, wenn alle die gleichen Ausbildungsgrundlagen haben. Heute ist der Einsatz von Altenpflegekräften in der Akutversorgung im Krankenhaus nicht ohne Einschränkung möglich, weil die medizinischen Inhalte in der



Marion Kleinfeller

ist Leiterin der Altenpflegeschule im Hufeland-Haus in Frankfurt am Main.
marion.kleinfeller@hufeland-haus.de



Im Hufeland-Haus in Frankfurt am Main werden rund 500 Menschen betreut. Es gibt 130 stationäre Plätze in der Altenpflege, davon 10 für Kurzzeitpflege, 35 Plätze in der Tagespflege, 31 Wohnungen für Betreutes Wohnen und 27 Wohnpflegeplätze für Menschen mit Behinderungen. Die Altenpflegeschule des Hufeland-Hauses wurde 1977 gegründet. Seitdem haben weit über 2.000 SchülerInnen ihren Abschluss im Bereich Altenpflege oder Altenpflegehilfe gemacht. Fotos: Hufeland-Haus

Altenpflegeausbildung geringer sind. Es gibt aus der Not geborene Sonderregelungen mit Nachqualifizierung, aber die bräuchte es dann nicht mehr.

Haben denn auch die einen Nutzen von der Reform, die nicht wechseln wollen?

Sie werden besser ausgebildet für den sich verändernden Bedarf. In Altenpflegeeinrichtungen haben die Pflegenden zunehmend mit kranken Menschen zu tun, im Krankenhaus mit alten, auch demenziell erkrankten Patienten. Das lässt sich immer weniger trennen.

Auch die Gesellschaft profitiert: Alle Pflegekräfte kennen sich im ganzen System Pflege aus und können fundiert beraten, etwa zu Heimunterbringung, Nachsorge oder Elternschulung. Das ist eine richtig gute Aussicht. Denn heute müssen Betroffene für Informationen viele unterschiedliche Stellen aufsuchen.

In der Altenpflege verdient man am wenigsten. Die Arbeitgeberverbände befürchten, dass ihnen nach der Reform die Leute weglaufen. Zu Recht?

Ich kann die Bedenken nachvollziehen – und sie sind für mich gerade ein Argument für die Reform. Ja, die Träger der Altenhilfe müssen sich Gedanken machen, wie sie es schaffen, die Pflegekräfte zu halten. Im Prinzip gilt natürlich der Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Qualifikation. Neben dem Geld sind aber auch die Arbeitsbedingungen entscheidend dafür, ob Pflegekräfte bleiben oder nicht. Flexible Dienstplangestaltung, klare Organisationsstrukturen, die Möglichkeit, sich einzubringen – alle Arbeitgeber, auch die in der Kranken- und Kinderkrankenpflege, müssen sich jetzt anstrengen.

Bis 2018 haben die Ausbildungsstätten Zeit, sich umzustellen. Reicht das für Sie?

Es ist unser Ziel, 2018 eine neue Ausbildung anzubieten. Ob wir das schaffen, kann ich noch nicht sagen. Es gibt aber Übergangsfristen, zur Not fangen wir ein halbes Jahr später an.

Wie sieht die Umstellung bei Ihnen konkret aus?

Frei werdende Dozentenstellen besetzen wir bereits mit Blick auf das Gesetz. Das besagt, dass die Lehrkräfte ein Pflegepädagogikstudium absolviert haben müssen (bislang reichte eine zweijährige Weiterbildung oder eine 400-Stunden-Qualifizierung).

Ist das gut oder schlecht?

Beides: Es ist gut, weil es die Professionalisierung vorantreibt. Aber es gibt zu wenig studierte Pflegepädagogen. In Hessen gibt es zum Beispiel keinen Bachelor-Studiengang für Pflegepädagogik.

Untersuchungen sagen, dass bis ins Jahr 2025 hessenweit mehrere Hundert Pflegepädagogik-Stellen freiwerden, weil die jetzigen Inhaber in Rente gehen. Es wird sehr schwer sein, die zu besetzen. Dazu kommt, dass wir noch aufstocken müssen. Zurzeit haben wir eine 50 Prozent-Lehrkraft für 30 Schüler in der Altenpflege. Zukünftig, so ist es im Gesetzesentwurf angedacht, soll es eine ganze Stelle für 20 Schüler geben. Auch das ist prinzipiell gut, aber aus den genannten Gründen schwer umzusetzen.

Wie bereiten Sie sich noch vor?

Wir arbeiten seit zwei Jahren lose mit einer Krankenpflegeschule in Frankfurt zusammen. Wir tauschen uns auf pädagogischer Ebene aus und bringen die Schüler zusammen. Einmal im Jahr bereiten zwei Klassen füreinander Präsentationen zu berufspolitischen Themen vor. Bei den anschließenden Diskussionen sind sie oft überrascht, wie viele Gemeinsamkeiten es gibt.

Auf Trägerebene beschäftigen wir uns in Arbeitsgruppen mit dem Thema. Und wir hatten Gespräche mit Bundestagsmitgliedern.

Ein großes Thema ist auch die Zusammenarbeit mit den praktischen Ausbildungsträgern. Wir sollen als Schulen die Gesamtverantwortung tragen, haben aber in der praktischen Ausbildung nur wenig Weisungsbefugnis. Damit die Ausbildung gelingt, braucht es Abstimmung und Lernortkooperation. Sowie das Gesetz verabschiedet ist, werden wir eine Klausurtagung mit diesen Praxiseinrichtungen durchführen.

Was fehlt Ihnen noch an Inhalten, damit Sie „richtig“ loslegen können?

Zum einen muss der Punkt der Finanzierung konkreter gefasst werden: Wer sind die Ansprechpartner, welche Behörden sind in den einzelnen Ländern zuständig? Wir wissen nicht, welche Kalkulationskriterien beim Schulgeld angelegt werden. Wir brauchen aktuelle realistische Kalkulationen, so haben wir gar keine wirtschaftliche Planungssicherheit.

Zum anderen brauchen wir eine inhaltliche Orientierung, also einen Rahmenlehrplan, an dem eine Fachkommission ja zurzeit arbeitet. Wenn der ausbleiben sollte, würde jede Schule ihre didaktischen Reihenfolgen, Inhalte und lerntheoretischen Grundlagen anders ausfüh-

ren. Und das würde bedeuten, wir hätten keine Vergleichbarkeit in der Ausbildung.

Wenn Sie die generalistische Ausbildung an Ihrer Schule anbieten werden, werden Sie dann mit anderen Bewerbern und Schülern zu tun haben als heute?

Ich kann mir vorstellen, dass sich mehr Abiturienten für die Pflege entscheiden als heute, weil sie dann vielfältiger ausgebildet werden und weil es dann klarere und systemübergreifende Karrierewege geben wird.

Und was ist mit den Hauptschulabsolventen? Laut Gesetzesentwurf müssen diese noch ein Vorbereitungsjahr machen, was manche Arbeitgeber als zu hohe Hürde beklagen.

Hauptschulabsolventen haben keine guten Bildungserfahrungen in unserem Bildungssystem, aber ich erlebe sie als hoch motiviert. Sie tun sehr viel dafür, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Ich glaube nicht, dass sich viele von diesem Vorbereitungsjahr abschrecken lassen. Bei uns an der Schule ist das System außerdem de facto schon so. Hauptschulabsolventen können in den einjährigen Altenpflegehilfekurs einsteigen. Und danach, wenn sie wollen, die dreijährige Ausbildung machen.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Pflege und deren Ausbildung?

Ich wünsche mir, dass es uns gelingt, die motivierten Auszubildenden nach Abschluss ihrer Ausbildung in dem Pflegeberuf zu halten. Das heißt auch, dass sich die Rahmenbedingungen in der Praxis verändern müssen.

Mit der Zusammenlegung der Ausbildungen wird ein neues Berufsbild entstehen. Und dazu hätte ich mir eine politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung gewünscht: Was sollen Pflegekräfte in Zukunft für Aufgaben im Gesundheitssystem übernehmen? Welche Verantwortung bekommen sie? Welche Haltung sollen sie vertreten? Welche Entscheidungsspielräume haben sie? Diese Debatte steht immer noch aus.

Das Interview führte **Hanna Lucassen**, die als freie Journalistin in Frankfurt am Main arbeitet.
text.lucassen@arcor.de